



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 19/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Flüchtlingspolitik

In der vergangenen Woche haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf mehrere Maßnahmen verständigt: Der Familiennachzug soll für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden. Über den genauen Personenkreis werden jetzt die Innenminister von Bund und Ländern beraten. Hier muss man schnellstens zu Ergebnissen kommen. Die Verfahren für Bewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung sollen beschleunigt werden. Dazu wird es drei bis fünf Aufnahmeeinrichtungen geben, in denen wir bei bestimmten Flüchtlingsgruppen schnell entscheiden, wer Aussicht darauf hat, in Deutschland zu bleiben. Menschen, für die das nicht gilt, müssen unser Land umgehend verlassen. Den Beschluss der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD finden Sie auf meiner [Webseite](#), wo ich für Sie weitere Informationen sowie weitergehende Links zum Thema Flüchtlinge und Zugang zum Arbeitsmarkt zusammengestellt habe.

2. Informationen für Betriebe, die Flüchtlinge beschäftigen möchten

Ich werde aktuell vermehrt von Arbeitgebern auf die Möglichkeit, Flüchtlinge in den Betrieben zu beschäftigen, angesprochen. Ab wann hat ein Flüchtling Zugang zum Arbeitsmarkt? Was muss bei der Anstellung seitens des Arbeitgebers beachtet werden? Wie wird nach anerkannten, geduldeten und Flüchtlingen mit Aufenthaltsgestattung unterschieden? Antworten auf diese Fragen und Hinweise auf Ansprechpartner im Landkreis

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Mit einer Schweigeminute haben wir Altkanzler Helmut Schmidt in unserer Fraktionssitzung und im Bundestag gedacht. Er war eine hochgeschätzte und große Persönlichkeit, die wir vermissen werden. Meine Gedanken sind bei der Familie des Verstorbenen.

Volker Kauder MdB, unser Fraktionsvorsitzender, besuchte zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode unsere Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, um aktuelle Themen zu besprechen. In einer knapp zweistündigen Diskussion sprachen wir über Familiennachzug und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, das Bundesteilhabegesetz sowie flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand.

Mit einem Großen Zapfenstreich haben wir am 11. November die Gründung der Bundeswehr gefeiert (S. 3). In Folge der seit 1990 veränderten Sicherheitslage wird die Bundeswehr seit über zwanzig Jahren bei zahlreichen friedenserhaltenden und –sichernden Maßnahmen außerhalb Deutschlands weltweit eingesetzt. Ein weiterer Meilenstein war die Öffnung unserer Streitkräfte für Frauen.

In zweiter und dritter Lesung haben wir das zweite Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Die Pflegeversicherung wird durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument auf eine neue Grundlage gestellt.

*Herzliche Grüße
Ihre*

Waldshut finden Arbeitgeber auf der Webseite der Fachkräfteallianz Südwest unter folgendem [Link](#). Das Informationsblatt wird laufend aktualisiert. Auf Nachfrage bei der Fachkräfteallianz Südlicher Oberrhein teilte man mir mit, dass man gerade dabei sei, ebenfalls Information bereitzustellen.

In diesem Zusammenhang tritt häufig die Frage auf, **ob Flüchtlingen der Mindestlohn zu zahlen ist**. Der Mindestlohn gilt auch für diese Personengruppe. Dieses und andere aktuelle Themen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat unsere Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales im Rahmen eines Fachgesprächs mit den arbeits- und sozialpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen der CDU und CSU diese Woche in Berlin diskutiert. Wir sind uns einig, dass die Mindestlohnregelungen, die eine ordnungspolitische Funktion haben, auch für Flüchtlinge gelten müssen. Einen zweiten mit anderen Arbeitnehmern konkurrierenden Sonderarbeitsmarkt darf es aus meiner Sicht nicht geben.

3. Bundesarbeitsministerium beziffert Mehrkosten zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms

Das Bundesarbeitsministerium rechnet mit Mehrkosten von rund 2,5 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Nach den Kalkulationen des Ministeriums, die von 800.000 Flüchtlingen in diesem und im nächsten Jahr ausgehen, müssten die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik um rund 800 Millionen Euro und die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts um rund 1,7 Milliarden Euro gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf aufgestockt werden, um die Herausforderungen der Zuwanderung zu bewältigen. Dazu gehören auch die Bewilligung von 2.800 neuen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit, von denen 2.000 unbefristet angelegt seien, hieß es von Seiten der Bundesregierung. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Frank-Jürgen Weise berichtete unserer Fraktion von ca. 80.000 Asylanträgen, die noch in diesem Jahr vom BAMF beschieden werden. Rund 40.000 Asylanträge werden laut Weise abgelehnt. Die Länder sind jetzt in der Pflicht, Abschiebungen konsequent durchzusetzen.

4. Breitbandausbau – Förderrichtlinie zur Schließung „weißer Flecken“



Dr. Tobias Miethaner, Leiter der Abteilung Digitale Gesellschaft im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, informierte im Rahmen einer fraktionsoffenen Sitzung über Details des Bundesförderprogramms Breitbandausbau. Die Förderrichtlinie, die sie [hier](#) nachlesen können, ist am 22. Oktober in Kraft getreten. Die Bundesregierung stellt insgesamt rund 2 Milliarden Euro zu Verfügung. Der Hauptzweck der Förderung ist, „solche Regionen zu unterstützen, in denen ein privatwirtschaftlicher Ausbau bedingt durch erhebliche Erschwernisse besonders unwirtschaftlich ist.“ Bis 2018 soll eine flächendeckende Versorgung mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s erreicht werden. Projekte werden anhand transparenter Kriterien (Scoring) bewertet. Der Leitfaden für Kommunen soll demnächst auf der Webseite des Ministeriums veröffentlicht werden.

II. Die Woche im Parlament (Auswahl)

1. Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Vorschriften – Hofabgabeklausel. Der Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, enthält Änderungen des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) sowie des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte zur Weiterentwick-

lung der Hofabgabeverpflichtung. Die agrarpolitische Steuerungsfunktion und die sozialpolitische Sicherungsfunktion der Alterssicherung der Landwirte sollen künftig besser in Einklang gebracht werden, indem insbesondere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner verbessert und die Abgabemöglichkeiten zwischen Ehegatten erleichtert werden. Dadurch werden außerdem die eigenständigen Rentenansprüche der Ehegatten gestärkt. Insbesondere die Bäuerinnen werden nach dem neuen Gesetz in der Rente besser gestellt. Ferner soll die Einbringung eines landwirtschaftlichen Unternehmens in eine Gesellschaft als neuer Abgabtatbestand anerkannt sein. Allerdings darf sich der abgabewillige Landwirt in der Gesellschaft keine leitende, zur Unternehmereigenschaft führende Stellung (Vertretungsmacht, Geschäftsführung etc.) einräumen lassen.

2. 60 Jahre Bundeswehr.

Im Rahmen einer vereinbarten Debatte würdigten wir am Donnerstag das sechzigjährige Bestehen unserer Bundeswehr und blickten dabei sowohl auf die bewegte Geschichte der Parlamentsarmee als auch auf aktuelle Herausforderungen.



Mit einem Großen Zapfenstreich haben wir bereits am Dienstag auf dem Platz der Republik 60 Jahre Bundeswehr gefeiert. Wir sind stolz auf unsere Parlamentsarmee und dankbar dafür, was sie leistet und geleistet hat. Unser Dank gilt aber auch den Familien der Soldaten und allen zivilen Beschäftigten.

III. Sonstiges Theatergruppe HORA aus Zürich zu Besuch in Berlin



Bei HORA handelt es sich um eines der bekanntesten professionellen Theater von und mit Menschen mit einer geistigen Behinderung in der Schweiz. Das Theater genießt weltweite Bekanntheit. HORA bietet Menschen mit einer geistigen Behinderung ein Umfeld, welches die Entwicklung von künstlerischen Fähigkeiten erlaubt. Ich finde es toll, dass Menschen mit Behinderung auf diese Weise unterstützt werden und ihr außergewöhnliches Können gefördert wird.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur letzten Bürgersprechstunde in diesem Jahr, **am Dienstag, dem 17. November, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|--------------------------|---|
| 13. November: | Einbürgerungsfeier, Landratsamt Waldshut |
| 14. November: | „WTpur – Die Show“, Multimediareportage über Waldshut-Tiengen, Stadthalle Tiengen |
| 16. November: | „Bericht aus Berlin“, Kreisvorstandssitzung Breisgau-Hochschwarzwald, Kirchzarten, Hotel Sonne |
| 17. November: | Besuch des Integrationsbetriebes Fohrenhof, Caritasverband Schwarzwald-Baar |
| 18. November: | <ul style="list-style-type: none">• Antrittsbesuch bei Bürgermeisterin Fränzi Kleeb, Stegen• Besuch des Seniorenzentrums Gundelfingen, anschließend Empfang und „Bericht aus Berlin“ im Rathaus mit Bürgermeister Raphael Walz und dem Gemeinderat |
| 19. November: | <ul style="list-style-type: none">• Lesestart Vorlesestunde, Stadtbibliothek Bonndorf• Mitgliederversammlung donum vitae, Café Zwischen, Tiengen• 50 Jahre CDU Gemeindeverband Höchenschwand |
| 20. November: | Bundesweiter Vorlesetag, Grundschule Weilheim |
| 20.-21. November: | Landesparteitag CDU Baden-Württemberg |